Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 150** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1**	Samstag 9. Dezember 1922	**Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet 10.— M., bei Mehrauflagen entsprechender Preisnachlaß.	Nr. 48/49

Ist eine Reparationsanleihe wünschenswert?

Frankreich, Deutschland und — J. P. Morgan.

Die folgenden Ausführungen gehen uns von einem deutsch-amerikanischen Finanzpolitiker aus New-York, 8. November, zu. Sie sind geschrieben aus Anlaß der deutschen — nun auch von dem Kabinett Cuno angenommenen — Erklärung, daß Deutschland eine längere Ruhepause sowohl für Reparationszahlungen wie für Sachlieferungen haben muß und untersuchen die Frage, ob eine amerikanische Reparationsanleihe für Deutschland die Rettung oder nicht vielmehr die dauernde Versklavung des deutschen Volkes bringen würde. — Wir geben die Ausführungen unseres amerikanischen Gewährsmannes ohne eigene Stellungnahme zu dem aufgeworfenen Problem wieder. Anm. d. Red.

Deutschland will — wenigstens vorerst — alle weiteren Reparationszahlungen und Sachlieferungen, außer für den Wiederaufbau der zerstörten französischen Gebiete, ablehnen. Der Anlaß hierfür ist der katastrophale Marksturz. Der Marksturz hat die deutsche Regierung also zu einer Bankerotterklärung veranlaßt. Es ist richtig, daß man heute für einen Dollar U. S. A. über 8000 deutsche Mark kaufen kann. Trotzdem steht die deutsche Mark noch wesentlich höher, als die Valuten anderer europäischer Länder, nämlich Österreichs und Polens, von Rußland ganz zu schweigen, aber man hört nichts davon, daß diese Länder mit der Absicht umgingen, den Bankerott zu erklären. Die Bewertung des Geldes eines Landes im internationalen Verkehr — und das ist es doch, was man unter Valuta versteht — ändert ja nichts an seinem Bestand an wirklichen Vermögensobjekten. Fast völlig ungedecktes Geld kann man — wenigstens als gegenwärtiges — Vermögensobjekt nicht bezeichnen. Versteht man unter Bankerott jedoch den Zustand eines Schuldners, der nicht genügend Zahlungsmittel hat, um seinen Schuldverpflichtungen nachkommen zu können, so sind die meisten europäischen Länder bankerott. Der wesentliche Unterschied der Lage, in der sich Deutschland im Vergleich zu diesen anderen Ländern befindet, ist der, daß Deutschlands Gläubiger auf alsbaldige Zahlung drängen, während jene Länder mit Nachsicht behandelt werden. Auch Frankreich wäre auf der Stelle „bankerott", d. h. zu derselben Erklärung gezwungen, die jetzt eben Deutschland abgegeben hat, daß es außerstande sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wenn es Gläubigern gleich ihm selbst gegenüberstehen würde. Der ganze Unterschied ist also der, daß Deutschland sich Frankreich gegenüber sieht und Frankreich Amerika. Dieses Frankreich, das Geld genug hat, um das ganze außerdeutsche Europa gegen Deutschland zu militarisieren, hat sich bisher nicht die geringste Mühe gegeben, Amerika zu bezahlen, aber es drückt mit allen Zwangsmitteln, die ihm der Vertrag von Versailles gibt und nicht gibt, auf ein Deutschland, das sich bis auf den heutigen Tag die denkbar größte Mühe gegeben hat, eben dieses Frankreich zu bezahlen.

Der Vertrag von Versailles, zu dem allein die amerikanische Hilfe, und nicht zuletzt die Hilfe der amerikanischen Hochfinanz geführt, die den entscheidenden Faktor des Krieges, nämlich die amerikanische Munitionsfabrikation finanziert hat, ist nach dem bekannten Wort Clemenceaus, der jetzt unser Land bereisen will, die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln und das Ziel dieses nur mit seinen Mitteln wirtschaftlichen Krieges einer wirtschaftlich impotenten Macht, nämlich Frankreichs, gegen das wirtschaftlich selbst durch die Wegnahme seiner Flotte, seiner hauptsächlichsten Erzvorkommen, eines großen Teiles seiner Kohle und seiner größten Kornkammer nicht zu tötende Deutschland die Hörigkeit des arbeitenden deutschen Volkes unter dem französischen Volke der Rentner. Deutschland soll an Frankreich das bezahlen, was Frankreich in und durch die Militarisierung Rußlands verloren hat, es soll ferner die Militarisierung Polens und anderer Staaten durch dasselbe Frankreich bezahlen, und weil Deutschland auf absehbare Zeit außerstande ist, alle Totengräber Europas zu besolden, soll hierfür — Amerika einspringen. Handelte es sich nämlich nur um die „Wiedergutmachung", d. h. um den Aufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs: damit wäre Deutschland, wie es in Ostpreußen gezeigt hat, in kürzester Frist fertig. Es handelt sich aber nicht hierum, sondern es handelt sich darum, Kräfte der Zerstörung zu schaffen, die, wenn sie ihre ganze Hochspannung erreicht haben, die schwachen Fesseln neueuropäischer Friedfertigkeit und Moral sprengen und Deutschland vernichten sollen. Nur die Toten — sagte schon Napoleon — kehren nicht wieder. Dasselbe sagt Clemenceau, der in unserem Lande Propaganda machen will, und Poincaré, der drüben im Sinne des „Tigers" arbeitet. Was die Franzosen „Wiedergutmachung" nennen, heißt in Wahrheit Rache. Und um diese Rache vollkommen sicherzustellen, soll „die Welt" — und das ist auch in diesem Augenblick in der Hauptsache Amerika — gegen Deutschland geeint werden.

Es versteht sich von selbst, daß dieses — trotz Versailles — größte Schelmenstück der Weltgeschichte moralisch in Szene gesetzt werden muß. Es scheint denn auch, daß die Regie ganz nach Wunsch klappt. Man glaubt sowohl in Deutschland wie bei uns in Amerika, daß Deutschland geholfen werden soll! Nach allem, was man von drüben hört, kennt man dort kein heißeres Verlangen, als sich zu den Fesseln von Versailles eine neue Schlinge um den Hals legen zu lassen, und weder hüben noch drüben ahnt man Zusammenhänge zwischen der kürzlichen Reise J. P. Morgans nach Paris, dem inzwischen durch Wall Street und Downing Street herbeigeführten Marksturz und der Reise des sympathischen Herrn Clemenceau nach U. S. A. Als J. P. Morgan vor einigen Wochen in Paris weilte, fand er Deutschland noch nicht reif. Nun, es ist inzwischen reif geworden! Und wer es reif gemacht hat, ist sonnenklar. Der ungeheure Marksturz der letzten Wochen, der die Mark auf ein Fünftel ihres Wertes hinabdrückte, ist nur die Schuld von Wall Street und Downing Street. Denn daß die schwebende Schuld Deutschlands, die am 30. September 528 Milliarden Mark betrug, inzwischen um einige hundert Millionen gestiegen ist, kann diesen ungeheuren Kurssturz nicht herbeigeführt haben. Gerade in den letzten Wochen hat Deutschland eine Periode frie-

voller, nicht unerheblich gesteigerter Arbeit durchlebt. Das sollte, möchte man meinen, das Vertrauen zu ihm heben, statt daß es in dieser Weise hinabgedrückt werden durfte. Nun, J. P. Morgan kennt diese Arbeit gewiß, aber was er will, ist gewiß nicht, Deutschland zu helfen, sondern die deutsche Arbeit in den Zinsendienst seines an Frankreich gegebenen, wie des an Deutschland selbst zu gebenden Kapitals zu spannen. Wie Frankreich will, daß ihm Deutschland seine russischen Renten verzinse, so will J. P. Morgan, daß ihm Deutschland seine an Frankreich gegebenen Gelder mit verinteressiere. Das ist der Sinn des Marksturzes und der „Hilfsbereitschaft" J. P. Morgans!

Will Amerika Deutschland wirklich helfen, so soll es zweierlei tun; einmal der deutschen Arbeit, nicht den Bedrückern Deutschlands, durch große und langfristige Kredite helfen, dann aber vor dem Richterstuhle der Welt betonen, daß die Feinde Deutschlands sich längst bezahlt gemacht haben und daß alles, was sie jetzt noch verlangen, purer Raub ist. Vor allem sollte sich Amerika weigern, die Schmutzarbeit der Einkassierung der Kriegsschulden zu übernehmen, den Exekutor der Entente zu spielen und sich zum Sklavenhalter Deutschlands herabzuwürdigen. Nicht Hilfe für Deutschland ist es ja, was jetzt von ihm verlangt wird, sondern Hilfe gegen Deutschland. Nicht Hilfe für das einzige Land auf der Welt — neben dem ärmsten Österreich — das wirklich abgerüstet hat, sondern Hilfe zur Aufrechterhaltung eines um 100 Prozent gesteigerten Militarismus in den übrigen europäischen Staaten. Das sollte Amerika bedenken, und, wenn es schon Daumschrauben anlegen will, dieses Zwangsmittel nicht für Deutschland, sondern für das — wie sagt man doch? — „edelmütige" Frankreich der Clemenceau und Poincaré bereit halten, das endlich zu anderer Arbeit erzogen werden muß, als zu der Übermilitarisierung des ganzen faulen Europa gegen den einen Zwangsarbeiter Deutschland.

Die Rede des Abg. Dr. Stresemann.

(Bei der Vorstellung des neuen Kabinetts.)

Meine Damen und Herren! Die Erklärungen, die der Herr Reichskanzler soeben abgegeben hat, veranlassen mich, dazu wenige Sätze zu sagen. Man hat dem Herrn Reichskanzler und dem Kabinett die Frage vorgelegt, wer die Verantwortung dafür trüge, daß Herr Dr. Müller (Bonn) zum Ernährungsminister berufen worden sei. Ich möchte darauf hinweisen, daß Herr Dr. Müller (Bonn) nach dem, was wir von unseren rheinischen Freunden gehört haben, das Amt des Syndikus der Rheinischen Landwirtschaftskammer bekleidet. Ich glaube, daß die Rheinische Landwirtschaftskammer von dem Verdacht befreit ist, daß sie irgendwie antinationale Tendenzen verfolgte. (Lebhafte Zustimmung bei der D. Vp. und im Zentrum. — Lachen bei den Komm. — Zurufe von der äußersten Linken.) Ich habe ebensowenig wie Herr Marx die Absicht, mit Ihnen (zur äußersten Linken) darüber, was nationale Gesinnung ist, zu diskutieren. (Bravo! bei der D. Vp. und im Zentrum. — Lebhafte Zurufe von der äußersten Linken und von den Soz. — Glocke des Präsidenten.)

Sie haben sich früher wiederholt dagegen gewandt, wenn irgendwie von der rechten Seite denen, die auf einen andern Standpunkt in innerpolitischer oder in wirtschaftlicher Hinsicht standen, nationale Gesinnung abgesprochen worden ist. Vergiften Sie jetzt nicht den politischen Kampf, indem Sie, wenn hier eine Korporation genannt worden ist, bei der gar nicht die Rede ist von Personen, sondern lediglich von Menschen, die in Verantwortlichkeitsgefühl eine solche Organisation bilden, sofort den Zwischenruf machen, daß da eine nationale Gesinnung bezweifelt werden könne. Ich habe zum Ausdruck bringen wollen, daß der Herr Reichskanzler und daß das Kabinett, wenn es einen Mann, der an der Spitze einer solchen Organisation stand, berief, annehmen konnte, daß die Fragen, die sich auf seine Stellung zu nationalen Fragen beziehen, von denen geprüft worden seien, in deren Dienst er stand. Wir wollen doch in der Zeit, in der

das Rheinland mehr bedroht ist als vielleicht in irgend einer Zeit,

(lebhafte Zustimmung) alle Kräfte im Rheinland zusammenfassen (erneute Zustimmung) und hier nicht zwischen national und nichtnational denkenden Rheinländern sondern. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum, bei den Demokraten.) Ich bitte Sie, die Frage auch unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten.

Die Angelegenheit selbst ist für meine Freunde mit der Erklärung des Herrn Reichskanzlers erledigt. Er hat uns mitgeteilt, daß der Herr Kollege Sollmann (Abg. Sollmann (Köln): Ich werde darauf antworten!) — Verzeihung, Herr Kollege Sollmann, ich kann mich nur an die Erklärung des Herrn Reichskanzlers halten — **daß Herr Kollege Sollmann selbst in den Verhandlungen, die hier stattgefunden haben, erklärt habe, daß irgend welche Tendenzen, die sich auf Abtrennung des Rheinlandes von Deutschland bezögen, bei Herrn Dr. Müller (Bonn) nicht zutage getreten seien. Uns liegt nur diese Erklärung vor, nur zu dieser Erklärung kann ich Stellung nehmen.**

Wenn der Herr Reichskanzler aus dem, was er hier gestern ausgeführt hat, daß er seine Ministerien von Parteileidenschaft nach Möglichkeit freihalten wolle, die Konsequenz zieht, daß jemand an der Spitze eines Amtes nicht stehen könne, der so von Parteileidenschaft umtobt ist, wie es der Herr Dr. Müller (Bonn) gestern war — Parteileidenschaft, von der sich keiner frei weiß; ich sage das nicht als Vorwurf, nur in dieser Rheinlandfrage gerade angesichts dessen, was bevorsteht, vielleicht auch in einer Stellungnahme, wie sie, ohne die Abtrennung der Rheinlande zu wünschen, bei Herrn Dr. Müller (Bonn) zum Ausdruck gekommen ist — ich sage: **wer erwarten muß, daß gerade angesichts der bevorstehenden Fragen seine Person so im Mittelpunkte der Kämpfe und Leidenschaften steht, ist nicht der richtige Mann, um an der Spitze eines Ministeriums zu bleiben, das auf das Vertrauen über die Parteien hinaus in dem schweren Kampfe zwischen Konsumenten und Produzenten in Deutschland angewiesen ist.** (Sehr richtig! bei der D. V. P.) Deshalb begrüßen wir die gefundene Lösung und ich glaube, es wäre im Interesse des Ganzen, wenn wir, nachdem diese Lösung gefunden ist, die doch denjenigen Rechnung trägt, die hier diese Forderung gestellt haben, damit auch diese Angelegenheit selbst aus weiteren politischen Debatten ausscheiden. (Beifall und Zustimmung.)

Ich wende mich nun zunächst an den Herrn Abg. Dr. Breitscheid. Er hat gestern zum Ausdruck gebracht, daß ich in einem Aufsatz objektiv die Schwierigkeiten gewürdigt hätte, die es für die Vereinigte Sozialdemokratische Partei bei der Frage der Schaffung einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei gegeben hätte. Das ist richtig. Ich glaube, gerade von unserer Seite aus können diese Schwierigkeiten deshalb unbefangen gewürdigt werden, weil diese Schwierigkeiten bei den Flügelparteien naturgemäß am größten sind. Ich bitte doch nicht die ganze Situation so aufzufassen, als wenn die Schaffung der Großen Koalition, um die der Kampf ging, in den letzten Wochen lediglich in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei umkämpft gewesen sei, nicht umkämpft gewesen sei in meiner eigenen Partei und meiner eigenen Fraktion. Schon als wir in der Fehrenbach-Koalition in der Regierung waren, habe ich den Gedanken aufgeworfen, ob es nicht richtig wäre, eine große Koalition im Reiche und in Preußen zu schaffen, um stabilere Verhältnisse zu bekommen, um einmal auf lange Sicht hin regieren zu können, um einmal nach dem Auslande hin geschlossen zu sein, um im Innern Persönlichkeiten zu gewinnen, die sich sagen würden: man beruft mich jetzt zu einer Arbeit, für die ich Jahre hindurch auch wirklich meine Kräfte dem Lande zur Verfügung stellen kann. (Sehr gut! bei der D. Vp., im Zentrum und bei den D. D.) Und damals — das bitte ich die Herren mir zu glauben, die an der Spitze der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei stehen — ist diese meine Stellung genau so umkämpft worden, wie vielleicht die Stellung derjenigen, die für denselben Gedanken in der Sozialdemokratischen Partei eingetreten sind. Aber ich bin der Meinung, daß sowohl der Führer einer Partei wie auch eine Partei selbst im gegebenen Moment sich und alles einsetzen muß, wenn sie einem Gedanken zum Siege verhelfen will. (Sehr gut! bei den Deutsch-Demokraten.) Ich glaube, gegenwärtig hätte der Herr Kollege Dr. Breitscheid, wenn er die Güte hatte, mich zu zitieren, doch auch den Teil meiner Ausführungen zitieren sollen, in dem ich sagte:

alle diese Bedenken hätten aber zurücktreten müssen gegenüber der außenpolitischen Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Deutsch-Demokraten.)

Auf diese außenpolitische Lage komme ich nachher zu sprechen. Gestatten Sie mir vorher einige Worte über die Regierungsbildung, und zwar in der Richtung eines Appells und in der Richtung einer Beschwerde.

Die Regierungsbildung

ist nicht nur, wie die Legende draußen sagt, erschwert worden durch die Parteien und Fraktionen dieses Hauses. Ich bin auch der Meinung, daß es überhaupt falsch gewesen ist, es so hinzustellen, als wenn die Fraktionen dem Herrn Reichskanzler das Leben schwer gemacht hätten in den Tagen, als es sich um die Regierungsbildung handelte. (Sehr richtig! bei der D. Vp. und im Zentr.) Nein, die erste Schwierigkeit, vor der der Reichskanzler stand, war doch die, daß er sich die Frage vorlegen mußte, ob er Persönlichkeiten fände, ob innerhalb oder außerhalb dieses Hauses, die gewillt waren, in dieser schweren Zeit die Verantwortung für die Führung der Geschäfte auf sich zu nehmen. An dieser Verantwortung hat es auf verschiedenen Seiten gefehlt. Der Herr Reichskanzler hat ein Beispiel von Verantwortungsfreudigkeit gegeben. (Zustimmung bei der D. Vp., im Zentrum und bei den D. D.) Dafür müssen wir ihm, glaube ich, alle Dank sagen. (Bravo! in der Mitte.) Ich möchte meinen, davon brauchte sich keine Partei auszuschließen. Ich habe im „Vorwärts" sehr freundliche Begrüßungsworte für Herrn Cuno gelesen, als er an die Regierungsbildung herantrat. Gerade wenn darüber geklagt wird, daß die Führer der Wirtschaft das Leben, das sie heute als Vorsteher und Leiter großer internationaler Weltwirtschaftskonzerne führen, vorzögen der Verantwortlichkeit und den Mühen auf der Drecklinie des politischen Kampfes (Sehr richtig! bei den D. D.), dann soll man um so mehr anerkennen, wenn einmal jemand sich an diese verantwortungsvollste Stelle stellt. Aber ich hätte gewünscht, daß dieses Muster auch Nachfolge gefunden hätte. Wenn man früher gesagt hat, die Wirtschaftler versagen sich den Parteien, weil sie dem Parlamentarismus abhold sind, so traf das diesmal nicht zu. Der Mann, der die Regierung übernahm, kam nicht aus den Parteien, er kam aus der Wirtschaft, und das Kollegialitätsgefühl gegenüber demjenigen, der sich an die Spitze stellte, hätte andere veranlassen müssen, seinem Beispiel zu folgen. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte.)

Wenn das nicht der Fall gewesen ist, so gebe ich durchaus zu, daß die ganz ungeheuer schwierige Lage der deutschen Wirtschaft, die vor einer völlig unklaren Zukunft steht, die auch wichtige internationale Verhandlungen zu führen hat, vielleicht manche ihrer Führer die Frage nach der Richtung hin hat beantworten lassen: ich bin jetzt an der Stelle auch für das Allgemeinwohl wichtiger. Aber dann, bitte, unterlasse man in Zukunft die Angriffe gegen die Parteien, daß sie versagten, wenn sie sich an die Kreise wendeten. (Sehr richtig! in der Mitte.)

Das Zweite. Der Herr Reichskanzler hat die Absicht gehabt,

das Auswärtige Amt mit einem Berufsdiplomaten zu besetzen,

und auch für Herrn v. Rosenberg gilt, was ich für Herrn Cuno sagte, daß wir ihm danken für die Verantwortungsfreudigkeit, mit der er in dieser vielleicht kommenden schwersten Zeit deutscher Außenpolitik sich an diese Stelle gestellt hat. (Bravo! bei der D. Vp.) Wenn es aber richtig ist, daß der Herr Reichspräsident sich auch an andere Diplomaten wandte, sie ersuchte, zu einer Besprechung nach Berlin zu kommen, und dieses Kommen überhaupt abgelehnt wurde, weil man nicht über die Frage, ob man sich dem Kabinett zur Verfügung stellte, hier diskutieren wollte, um sich die Freiheit zu lassen,

auch gar nicht vor die mündliche Frage der Verantwortung gestellt zu werden, dann sage ich dem Herrn Reichskanzler: wenn er ein Kabinett der Autorität bilden will, muß er auch hier seine Autorität durchsetzen, daß derartiges sich nicht wiederholt. (Sehr richtig! bei der D. Vp.)

Wer im gegebenen Moment von einem Posten, der ihm vielleicht angenehm ist, in dem er vielleicht auch glaubt, seine Wirksamkeit besser entfalten zu können, in den Schützengraben der Politik gerufen wird, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diesem Rufe zunächst einmal Folge zu leisten und hier seine Gründe darzulegen, die ihn vielleicht bewegen, das abzulehnen. Aber diese Art, sich von der Verantwortung zu drücken, kann bei denjenigen, die Beamte des Deutschen Reiches sind, nicht geduldet werden. (Sehr richtig! bei der D. Vp.)

Es ist für keinen, der heute in Deutschland an verantwortungsvoller Stelle Politik treibt, ob Abgeordneter oder als Minister, ein Vergnügen, in dieser Politik zu stehen, aber schließlich handelt es sich für einen Beamten — von dem alten, echten Beamtentum sprach der Herr Reichskanzler gestern — vor allem um Pflichterfüllung gegenüber dem Staat, und nicht Abwägung zwischen Bequemlichkeit und Pflichtgefühl. (Sehr gut! bei der D. Vp.)

Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß ich die Angriffe, die anläßlich der Regierungsbildung gegen die Parteien gerichtet worden sind, für ungerechtfertigt halte. Der Herr Reichskanzler konnte

zwei Wege

gehen, den Weg, sich an die Fraktionen zu wenden und sie zu hören, oder den Weg, sich zunächst ein Kabinett zu bilden und dann an die Fraktionen heranzugehen. Auch das politische Leben hat seine ungeschriebenen Gesetze, und wenn der Herr Reichskanzler an eine Fraktion herantritt und ihr mitteilt, daß er die Absicht habe, irgend einen Mann ihres Vertrauens von seinem bisher innegehabten Ministerposten zu entfernen, so ist es selbstverständlich, daß die Fraktion zunächst für diejenigen eintreten wird, die bisher an dieser Stelle gewesen sind. Vielleicht war dieser Weg falsch. Ich habe den Herrn Reichskanzler auch so verstanden, daß er sich durch seinen Brief den Weg zu derjenigen Regierungsbildung freimachen wollte, die er nachher in anderer Form übernommen hat. Es ist notwendig, diese Angriffe zurückzuweisen, weil es unzweifelhaft sehr viele Gegner des Parlamentarismus in Deutschland gibt und weil wir meiner Meinung nach, wenn wir eine ruhige verfassungsmäßige Entwicklung in Deutschland anstreben, alles zu tun haben, um das Ansehen des Parlaments zu erhalten. Das erhalten wir allerdings nicht nur durch Zurückweisung unberechtfertigter Angriffe, sondern vor allen Dingen auch dadurch, daß die Würde des Parlaments hier in diesem Saale von allen Parteien aufrechterhalten wird, daß aus den ganzen Verhandlungen des Parlaments Ernst und Verantwortlichkeit der Arbeit des Parlaments herausklingt. Wenn wir das nicht tun, wenn ein falscher Eindruck nach außen entsteht, dann werden alle, die nicht den Blick für die große geschichtliche Entwicklung haben, auf das Parlament als den Sündenbock hingelenkt werden.

Meine Herren, es ist aber auch für uns notwendig, nicht den Eindruck zu erwecken, als wenn wir letzten Endes bei starker sachlicher Übereinstimmung über Gegensätze scheitern, die schließlich nicht sachlich, sondern fast nur noch parteipolitisch sind. Die jetzige Entwicklung der Dinge bedaure ich aus diesem Gesichtspunkte heraus. Überlegen Sie sich doch einmal die Wirkung! Was soll der Mann draußen, an den die Verhältnisse herantreten, sagen, wenn er hört: über das Programm des Reichskanzlers sind so beinahe alle Parteien einig; diejenigen, die es geschaffen haben, die die Note an die Reparationskommission verfaßt haben, haben zusammen gesessen und über das außen- und innenpolitische Programm wochenlang verhandelt, bis es in eine Form gegossen wurde, die bei den Führern der Parteien keinen Widerspruch fand; und dann kommen dieselben Parteien nicht zur Regierungsbildung zusammen. Das ist es eben, was draußen den Glauben an die sachliche Arbeit des Parlaments doch einigermaßen zerstört.

Wenn man darauf hinweist, daß nur Persönlichkeiten in das Kabinett gekommen wären, die so besonders die Verkörperung scharf ausgeprägter gegnerischer Anschauungen wären, dann lassen Sie mich doch in Ihre Erinnerung eine Zeit zurückrufen, die noch gar nicht lange vergangen ist. Dieser Herr Abgeordnete, der jetzige Herr Minister Becker (Hessen), der hier als der ganz schwarze Mann hingestellt wird, hat einst im Anschluß an das Steuerkompromiß eine ganze Reihe von Richtlinien aufgestellt, — ich darf wohl sagen, daß es in der Hauptsache sein Werk war — die an die Steuergesetzgebung anschlossen, die sich aber auch auf die Wirtschaftsgesetzgebung bezogen. Meine Herren, zu diesen Richtlinien hat sich der damalige Herr Reichskanzler Dr. Wirth namens der damaligen Regierung in jeder Richtung bekannt. (Hört, hört! bei der Deutschen Volkspartei.) Und der damaligen Regierung gehörte die Sozialdemokratische Partei durch ihre Minister an! (Hört, hört! bei den Kommunisten.) So groß also können doch die Gegensätze nicht sein, wenn ein ganzes Programm, das von Herrn Becker damals entworfen wurde, die Zustimmung der alten Regierung erhielt, und wenn der Mann, der dieses Programm mit entwarf, heute dieser Regierung angehört. (Sehr richtig bei der Deutschen Volkspartei.)

Damit möchte ich diese rückblickenden Betrachtungen in bezug auf die Regierungsbildung nach dieser Richtung beenden, aber nur noch auf eins hinweisen. In den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Breitscheid war eine innere Inkonsequenz: Nach außen wollte der Herr Kollege Dr. Breitscheid nur Verständigung, keinen Machtwillen, nach Innen, Herr Kollege Dr. Breitscheid, sahen aber Ihre Ausführungen sehr danach aus: nur Machtwillen und keine Verständigung. (Lebhafte Zustimmung bei der D. Vp. — Zurufe von der V. Soz.) Es ist meiner Meinung nach eine andere Politik als die der Zusammenfassung der Kräfte in Deutschland überhaupt nicht möglich. (Sehr richtig! bei den D. Dem.).

Sie haben ja nun noch einen anderen Grund angeführt, der es Ihnen unmöglich mache in dieser Situation etwa mitzutun, und da ist der Hinweis darauf, daß man die Deutsche Volkspartei doch mit einem ihrer hervorragendsten Mitglieder identifizieren müsse, der, wie Sie sagten, im Ausland überhaupt als der deutsche Wirtschaftler gelte, mit Herrn Stinnes. Sie haben diese Diskussion gestern hier vor dem Hause geführt und Sie haben diese Diskussion schon einmal vor Ihrem Parteitag geführt — nicht Sie, Herr Breitscheid, sondern die Sozialdemokratie. Nach den Berichten, die ich darüber gelesen habe, war es der Herr Abgeordnete Bernstein, der den sehr netten Ausdruck prägte, man sollte doch Herrn Stinnes nicht zum Kinderschreck in sozialdemokratischen Kreisen machen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei der D. Vp.) Er und mit ihm andere werden immer so hingestellt, als seien es Männer, die nur auf Profitgier eingestellt sind. Meine Herren, es hat einen Mann gegeben, der ganz anderer Ansicht war und der bei Ihnen nicht nur toleriert wurde, sondern in dem Sie vielleicht ein Stück sozialistischen, mindestens theoretisch-sozialistischen Führertums sahen, das war der verstorbene Dr. Walter Rathenau. Wenn Sie einmal die Güte haben, in seinen Werken nachzulesen, was er über die moderne Industrieentwicklung sagt — ich unterschreibe nicht alles, was er da zum Ausdruck bringt — werden Sie den richtigen Gedanken finden, daß für diese Männer der deutschen Wirtschaft der

Gedanke ihres Werkes das Entscheidende

ist und nicht der Gedanke ihrer Person. (Sehr richtig! bei der D. Vp., im Zentrum und bei den D. D.)

Es ist weiter darauf hingewiesen worden, daß es der jetzige Herr Wirtschaftsminister Dr. Becker gewesen wäre, der sich bei den Kämpfen um die Zwangsanleihe gegen eine zu hohe Belastung des Besitzes gewehrt habe. Ich glaube gar nicht, daß der Reichswirtschaftsminister das bestreiten wird. Aber ich bitte Sie, sich einmal die Frage vorzulegen: war denn ein Weg, der von der Entziehung zu großen Kapitals für die Unternehmungen absah, vollkommen falsch, wenn wir heute sehen, daß das, was die ganze deutsche Wirtschaft lähmt, die

Kreditnot aller deutschen Unternehmungen

ist?

Die große Gefahr ist, daß nicht nur der Grundbesitz, der immer angeführt wird, sondern daß alle diese Sachwerte schließlich nur noch die deutsche Arbeit wohl als deutsches Merkmal haben, daß aber drüben irgendwo in valutastarken Ländern die Männer sitzen, die an den Erträgen beteiligt sind (lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Demokraten), weil man sich als einzelner sogar die Frage vorlegen muß, ob man z. B. noch ablehnen kann, wenn etwa ein Amerikaner sagt: wir haben Markbestände, wir haben eine Milliarde zusammen, wir wollen keine Mehrheit in euren Gesellschaften, wir wollen keine Grundstücke, wir wollen einen deutschen Verwaltungsrat, verwertet diese Milliarde in euren Unternehmungen. Da kommt dann der Kampf dazwischen: darfst du überhaupt das Ausland abreißen? Und auf der anderen Seite, als ich gefragt habe, die Antwort der Industrie: Tut es unter allen Umständen, wir brauchen ausländischen Kredit, wir kommen nicht mehr weiter. (Zurufe von den Kommunisten. Lebhafte Rufe: Ruhe! rechts, im Zentrum und bei den Demokraten. Erneute Rufe von den Kommunisten und Gegenrufe.)

Meine Herren, wenn das die tatsächliche Lage der deutschen Wirtschaft ist, dann frage ich mich doch, ob eine Politik, die sich dagegen wendet, in dieser Situation zu starke Kapitalien dieser Wirtschaft zu entziehen, eine falsche Politik gewesen ist. (Sehr gut! bei der D. Vp. und den D. D.)

Weitere Angriffe, die gegen das Programm der Regierung gerichtet werden, wenden sich namentlich gegen das, was der Herr Reichskanzler über Mehrarbeit gesagt hat, sie wenden sich gegen das, was kürzlich auch in einem Ausschuß des Reichswirtschaftsrats von Herrn Stinnes gesagt worden ist. Meine Herren, gestatten Sie mir ein Zitat, das ich vor kurzem gefunden habe, über

die Notwendigkeit der Mehrarbeit

anzuführen, in dem es folgendermaßen heißt: „Ein Volk, das fast vier Jahre nach dem Kriegsende so gut wie keine Arbeitslosigkeit und Brachlegung der Arbeitskräfte kennt, und das nach Berücksichtigung aller Gebietsverluste dennoch kaum viel über die Hälfte seiner früheren Friedensproduktion schafft, kann sich in seiner Not und Erschütterung nicht in erster Linie auf die Unfähigkeit und den frivolen Leichtsinn seiner ehemaligen politischen Oberschicht berufen und ebensowenig auf die hemmenden Ketten seiner Friedensverträge oder auf Rücken und Tücken seiner Dränger. Es steht entweder unmittelbar vor einer ungeheuren inneren Umkehr und Erneuerung, vor einem Sichaufraffen zu einer veränderten Arbeits- und Produktionsauffassung, oder es taumelt rettungslos seinem Untergang entgegen."

Meine Herren, diese Sätze hat nicht Herr Stinnes gesprochen, die hat keiner dieser großen Kapitalisten gesprochen, sondern sie stammen von Max Schippel und stehen in den „Sozialistischen Monatsheften"! (Lebhafte Rufe: Hört! hört! rechts, im Zentrum und bei den D. D. Unruhe und Bewegung bei den Soz.) Ich möchte einmal fragen, worin denn diese Gedankengänge sich von dem unterscheiden, was der Herr Reichskanzler Cuno gestern zum Ausdruck gebracht hat. (Stürmische Zustimmung bei der D. Vp. und den D. D.) Nun wird allerdings zum Ausdruck gebracht, daß man vielfach diese Mehrarbeit in ihrer Wirkung überschätze.

Was war denn der Gegensatz unserer Wirtschafts- und währungspolitischen Auffassungen. Die Herren von der Sozialdemokratie weisen darauf hin, das Entscheidende, das Substantielle sei die Stabilisierung der Mark. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen: ihr werdet, wie es gestern auch der Herr Reichskanzler sagte, diesen Goldbestand der Reichsbank auch rettungslos verlieren, wenn nicht Hand in Hand mit der Stabilisierung der Mark auf währungstechnischem Gebiete die Produktionsförderung in Deutschland geht. (Stürmische Zustimmung rechts, im Zentrum und den D. Dem.) Nun hat gestern Herr Kollege Dr. Breitscheid gesagt: ihr irrt euch über diese Wirkung, es gibt zwei Gründe, die uns in unserer Produktionssteigerung behindern; der eine ist die fehlende Meistbegünstigung; der zweite — hat Herr Dr. Breitscheid gesagt — sind die Antidumpinggesetze der anderen Staaten. Darin bin ich mit ihm vollkommen einig. Dann sagt er: Ihr irrt euch über das, was hier als Wirkung eintreten wird; denn wenn es euch gelingt, die Mark zu stabilisieren, wird der Konsum im Innern steigen, der aber schafft euch nicht die Devisen, um die Mark zu stabilisieren. Dazu möchte ich einige Bemerkungen machen. Es wird so oft auf der Linken versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland Staatsmänner und Wirtschaftler gebe, die gegen die Stabilisierung und die höhere Entwicklung der Mark wären. Ich möchte darüber kein Hehl lassen: ein Kabinett und einen Minister, der nicht das letzte einsetzt, um unsere Währung zu heben, würde ich als einen Verbrecher an der Entwickelung des deutschen Volkes bezeichnen.

Das Markproblem ist nicht nur ein arithmetisches Exempel,

sondern ist der Gradmesser des Vertrauens eines Volkes in der Entwicklung eines anderen. Weil wir finanziell dieses Vertrauen verloren haben, seitdem die Welt in der Schwierigkeit der Aufbringung der ersten Goldmilliarde sah, daß wir nicht in der Lage waren, die Forderungen zu erfüllen, die an uns gestellt waren, und weil man anderseits die Empfindung hatte, daß wir nicht alles selbst täten, um aus dem Elend herauszukommen, sind wir in diese kolossale Entwertung hineingekommen. (Sehr richtig! rechts.) Nun gestatten Sie mir, mich zu einer innerpolitischen Frage zu wenden. Der Herr Reichsminister des Innern, der sich gestern hier vorgestellt hat, hat ja darauf hingewiesen, daß gerade seinem Ministerium die Ausführung der

Gesetze zum Schutz der Republik

obläge. Ich bin der Meinung, daß die Verhältnisse in Deutschland mir so weit beruhigt erscheinen, daß

ich glaube, wir sollten bei solcher Auffassung alles dessen, was über Verfolgung und Bestrafung der Mörderorganisationen in diesem Gesetz enthalten ist, uns die Frage vorlegen, ob wir noch weiter den polizeilichen Schutz in bezug auf Organisationen, auf Pässe und Versammlungen brauchen. (Sehr richtig! bei der D. Vp.) Die Herren der demokratischen Linken — die Demokratie bringt doch auch die Sozialdemokratie in ihrem Namen zum Ausdruck — können doch innerlich keine Freude daran haben, Bestimmungen bestehen zu lassen, die auf der Basis von Ausnahmegesetzen einen scharfen Einschnitt in das Recht der freien Meinungsäußerung darstellen. Die Schutzgesetze waren ein politischer Akt, zu dem ich mich auch heute noch bekenne und jederzeit bekennen werde, es war notwendig, gegenüber den Wellen, die damals alles niederreißen wollten, einen Damm aufzurichten. Aber fragen Sie sich heute, ob heute noch dieselben Verhältnisse obwalten! (Zuruf bei den V. Soz. — Gegenrufe bei den D.-N.) Herr Kollege Dittmann, ich habe oft in der Geschichte Ihrer Partei gelesen. Erinnern Sie sich doch einmal dessen, was in Ihren Darlegungen der Geschichte der Sozialdemokratie so oft zum Ausdruck kommt, erinnern Sie sich an den Aufschrei Ferdinands Freiligraths als in den vierziger Jahren die „Rheinische Zeitung" verboten wurde, der das Verbot einer Zeitung als eine Tücke, als einen Stoß von hinten ansah, diesem Aufschrei mit dem Schluß:

Sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!

Diesen Gedanken, man könne eine geistige Bewegung nur mit geistigen Mitteln bekämpfen, soll man ohne die dringendste Notwendigkeit nicht aufgeben, den soll man wieder herstellen in einem Moment, in dem nach den damaligen Erregungen wieder eine Beruhigung eingetreten ist. (Zurufe auf der äußersten Linken.)

Alle diese Fragen, meine Damen und Herren, erscheinen ja klein gegenüber dem, was wir

in außenpolitischer Beziehung

vor uns sehen. Ich stimme dem Herrn Reichskanzler vollkommen zu, wenn er sagt, wir sollten nicht auf die Uneinigkeit der Alliierten vertrauen, wir sollten das selbst dann nicht tun, wenn sie vorhanden wäre. Denn wenn sie sich in scharfer Form äußerte, würden wir dabei die Leidtragenden sein. Wir haben die Wahlen in den Vereinigten Staaten, in England vor sich gehen sehen. Nicht daß ich den Sieg der Konservativen und unionistischen Partei in England von vornherein als für ungünstig ansehe. Vielleicht wird diese Regierung, die fester an den alten Traditionen hält, auch für die englische Politik und ihre Einstellung in ihren letzten Auswirkungen eine bessere Stabilisierung sein können als die hin- und herflackernde Politik von Lloyd George. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Aber gegenwärtig scheint mir, als ob der Blick des englischen Außenministers sich mehr nach Indien als nach Europa lenkt. Wir vernehmen aus Italien Äußerungen eines italienischen Außenministers von einem Desinteressement für den Wiederaufbau Europas, wie wir es früher nicht gehört haben. Die Zeitung des Mannes, der am schärfsten für eine Revision des Friedensvertrages gekämpft hat, des Herrn Nitti in seinem Buch über das friedlose Europa ist, wie ich höre, zerstört, er selbst ist nicht mehr in Rom. Die Reden des jetzigen italienischen Ministerpräsidenten sind unklar in ihrer Fassung, (Sehr richtig! rechts) lassen aber doch das eine ersehen, daß irgendeine aktive Politik von dort aus, die etwa diese Richtlinie fortsetzte, sich nicht erkennen läßt. Die Vereinigten Staaten würden vielleicht leichter in der Lage sein, eine aktive Politik in Europa zu treiben, wenn nicht auch dort durch die große Schwächung seiner Mehrheit in den Parlamenten die eigene Betätigung wenigstens mittelbar eingeschränkt wäre.

Das bedauere ich vor allem deshalb, weil ich mit dem Herrn Reichskanzler der Meinung bin, daß ohne das aktive Eingreifen der Vereinigten Staaten von Amerika die ganze Frage der Reparation und der künftigen Gestaltung der Dinge überhaupt nicht definitiv zu regeln ist. (Sehr gut! rechts und in der Mitte.) Ich habe mir gestern gestattet, einen Zwischenruf zu machen, als man dem Herrn Reichskanzler vorwarf, er wolle wohl amerikanische Geschäfte machen. Seien wir doch froh, daß wir Handelsbeziehungen zu Amerika in gewissem Umfange aufrecht erhalten können. (Lebhafte Rufe rechts, in der Mitte und bei den D. D.) Ich hatte neulich Gelegenheit, mit einem der hervorragendsten Amerikaner, der in Deutschland weilte, zu sprechen. Er sagte mir: „So liegen ja die Dinge nicht, daß wir untergehen, wenn Sie untergehen; aber zum mindestens steht das eine fest: von einem kaufkräftigen Europa ist für die Vereinigten Staaten abhängig der Unterschied zwischen Stabilität und Prosperität; wir können vielleicht stehen bleiben da, wo wir stehen, wenn Europa weiter in diesem Zustande bleibt; aber von diesem heutigen Zustande zu dem der Prosperität zu kommen, ist nur möglich, wenn wir wieder ein kaufkräftiges Europa haben." (Sehr richtig! rechts, in der Mitte und bei den D. D.) Es scheint, als wenn diese weltwirtschaftlichen Gedankengänge sich allmählich weitere Kreise erobern. Man hat ja so oft in der letzten Zeit das Wort variiert, ob die Politik oder die Wirtschaft das Schicksal sei. Ich glaube, auch Herr Dr. Rathenau, der manchmal mit den Ideen spielte, wird letzten Endes daran nicht gezweifelt haben, daß die Politik das Schicksal der Völker ist. (Sehr richtig! rechts.) Aber sicherlich war zu keiner Zeit die Politik mehr durch die Wirtschaft beeinflußt als gegenwärtig. (Sehr richtig! rechts.) Denn diese ganze Weltfrage — und

Die deutsche Frage ist ja eine Weltfrage;

das ist das einzige, was wir noch anführen können und was die anderen veranlaßt, sich in internationalen Konferenzen mit unserem Schicksal zu beschäftigen —, kann nur auf dem Wege des Zusammenwirkens der verschiedenen Nationen gelöst werden, sie kann meiner Meinung nach nicht gelöst werden auf dem Wege des reinen Pazifismus. Die Welt ist nie weniger pazifistisch eingestellt gewesen als gegenwärtig. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wenn man uns von der Linken und zum Teil auch von der Rechten, wie es der Herr Kollege Dr. Hoetzsch getan hat, dessen Urteil in außenpolitischen Dingen wir alle sehr schätzen, auf eine Aktion Deutschlands beim Völkerbunde hinweist, so komme ich für meine Person schwer darüber hinweg, daß die größte Enttäuschung, die der deutschen Politik nach dem Frieden von Versailles beschieden gewesen ist, die oberschlesische Entscheidung der Völkerbund mit seinem Namen gedeckt hat. (Lebhafte Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Demokraten.)

Ich kann das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht gesichert sehen bei einer internationalen Organisation, die Kattowitz, Bismarck- und Königshütte trotz des Resultates der Abstimmung an Polen gegeben hat. (Erneute lebhafte Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Demokraten.)

Man könnte die Frage aufwerfen, ob nicht der Sozialismus internationale Beziehungen hätte, die er zur Wendung des Schicksals Deutschlands zur Verfügung stellen könnte.

Aber ich glaube nicht, daß die Politik von Lord Curzon und Lord Derby im wesentlichen durch die Oppositionsreden der Labour Party in England stark beeinflußt sein wird. Deshalb bleibt nur das eine, was man oft auf der Linken mit einer gewissen starken ironischen Betonung den internationalen Kapitalismus nennt, was ich nennen möchte:

die Verbundenheit der weltwirtschaftlichen Interessen.

Was nenne ich Verbundenheit der weltwirtschaftlichen Interessen? Die Weltwirtschaft war eingestellt auf ein sehr konservativ-traditionelles System des Austausches. Dieser Austausch der Güter ist entzweigeschlagen worden durch den Niederbruch Rußlands und durch den Niederbruch Deutschlands. Wenn vom Rhein bis zum Ural nur noch kaufarme Völker sind, dann merkt man den Rückstoß bis in diese Rohstoffländer hinein. Diese Weltwirtschaft war eingestellt auf ein Währungssystem das in den Hauptländern für alle Zeiten fest zu sein schien. Diese Währung ist verfallen, und damit ist die ganze Kalkulation zugrunde gerichtet. Es ist ein großer Irrtum, wenn ein Laie annimmt, daß nur wir unter dem Währungsverfall litten. Fragen Sie die Schweiz, wie sie leidet unter dem Entgegengesetzten, unter dem Hochstand des Schweizer Franken! Hier wieder eine sichere Grundlage zu finden für die Herstellung einer gesunden Weltwirtschaft, sind Gebarden die die Finanziers in Amerika, die Volkswirtschaftler in England und die neuerdings in erheblichem Maße die Wirtschaftler in Frankreich interessieren.

Und es ist

ein dritter Gedanke,

der der Welt gemeinsam ist: **das ist das Sichwenden gegen ein Überhandnehmen des Bolschewismus in Europa.** Dem hat Bradbury Ausdruck gegeben, als er sagte: Wenn Deutschland untergeht und in den Bolschewismus verfällt, dann wird sich diese geistige Bewegung weder durch Flüsse noch durch Kanäle aufhalten lassen. (Zuruf bei den Komm.) Allerdings zuerst hat sie Deutschland durchzumachen. Wenn also hier die gleiche Verbundenheit des Kampfes gegen den Bolschewismus auch diese wirtschaftlich-kapitalistischen Kräfte darauf interessiert, Deutschland entweder mit wiederaufzubauen oder sich wenigstens Mühe zu geben, daß es nicht verhungt, dann sollte man diese Verbundenheit der weltwirtschaftlichen Interessen begrüßen. Ich sehe in ihr den einzigen Weg, auf dem wir überhaupt aus unserer Situation herauskommen können. (Sehr richtig! bei den D. D. und rechts.)

Meine Herren! Wir sehen nun jetzt einen Ideenkampf in Frankreich, der sich auf der einen Seite nach der Erlangung produktiver Pfänder richtet, der sich wendet gegen den deutschen Rhein und offen erklärt, daß der Rhein Frankreichs Grenze sein solle (Hört, hört! bei der D. Vp. und in der Mitte), und es gibt andere Bewegungen in Frankreich, die die Empfindung haben, daß schließlich auch Frankreich ein Glied dieser Weltwirtschaft sei trotz seiner stärkeren agrarischen Interessen. Auch hier hat sich jetzt eines geltend gemacht, was ich vorhin erwähnte: der Währungsverfall geht vom Osten nach dem Westen und läßt sich auch nicht durch Flüsse und politische Grenzen aufhalten. Er hat in Rußland dazu geführt, daß der Begriff Papierrubel etwas ist, was nichts mehr bedeutet; er hat dieselbe Entwicklung in Österreich und Polen gehabt; wir haben heute bei uns beinahe schlimmere Zustände als Österreich, weil Österreich, wenn auch auf einer ganz niedrigen Währung stabilisiert ist, weil in Österreich der Index rückgängig ist, während bei uns die Entwicklung noch gar nicht abzusehen ist, vor der wir diesen Winter stehen. Aber jetzt greift die Entwicklung auch über die deutsche Grenze hinaus. Wenn man sich in der Welt klar wird — denn ich betone, auch diese imponderabilen Gedanken haben eine große Rolle —, daß Deutschland, was alle Sachverständigen sagen, nicht in der Lage ist, diese Zahlung zu machen, die man von ihm verlangt, wenn man die Empfindung hat, daß es Frankreichs Absicht ist, Deutschland immer weiter in dieses Elend hineinzutreiben durch Losreißung von Gebieten, durch Zollgrenzen, durch irgendwelche neuen Auflagen die man seiner Industrie macht (Zuruf von den Deutschnationalen: Durch die Besatzung!) gewiß, durch die Besatzung in erster Linie — man daraus die Folgerung zieht: dieser Untergang Deutschlands wird dadurch weiter besiegelt, dann wird die Welt die Folgerung ziehen:

Dann wird Frankreich überhaupt keine Aussicht haben, seine Reparationsforderung zu erhalten, und dann wird Frankreich genau in die Bewegung hineingezogen werden die vorher der russische Rubel, die polnische Mark, die österreichische Krone und die deutsche Reichsmark gemacht haben. Das möge man bei denen sich überlegen, die in Frankreich nur glauben, daß die Politik die Gegenwart bewegt, und die sich der Rückschläge der Politik auf ihre Wirtschaft und die Währung vielleicht nicht bewußt sind.

Wir hätten keine Leistungen hervorgebracht! Meine Herren! Soll ich Sie an die Stunde erinnern, wo der dahingegangene Dr. Rathenau das erschütternde Bild dessen gab, was Deutschland dahingegeben hat? Er hat genau wie Simons, ohne daß jemand widersprochen hat, die These aufstellen können: noch nie hat ein Volk in der Weltgeschichte so viel geleistet wie das deutsche Volk bis zur Gegenwart, ohne jede weitere Reparationsleistungen aber was hinter uns steht. Herr Clemenceau geht nach Amerika und verbreitet dort, Deutschland bereite den Revanchekrieg vor. Ich freue mich, daß diesmal die Vereinigten Staaten sich dagegen mit großer Entschiedenheit durch hervorragende Persönlichkeiten ihres öffentlichen Lebens gewandt haben. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.) Aber ist es denn etwas anderes, ist es denn schließlich nicht derselbe Ton wenn auch Poincaré vor seinen lothringischen Wählern davon spricht, daß das deutsche Weltherrschaftsstreben schließlich die Ursache des Weltkrieges gewesen sei? Überall dieser Gedanke, überall der Versuch, diese Stimmung hervorzurufen. Kürzlich kam mir in einer Unterredung, die ich mit einem sehr hervorragenden Franzosen, der in der Gegenwart in Frankreich eine große Rolle spielt, hatte, von diesem das Bedenken: ja, wenn wir Deutschland nicht in Schach halten durch diese militärischen Mittel, steht dann nicht irgendwo in der Zukunft bei dieser Stimmung des deutschen Volkes der Gedanke einer Verbindung mit dem Osten, der Gedanke, durch irgendwelche Mittel, die die Chemie schaffen kann, gegen Frankreich vorzugehen?

Meine Herren! Ich bringe das in Zusammenhang mit einer Rundfrage, die neulich eine Pariser Zeitung „Homme libre" an eine Reihe von Parlamentariern gerichtet hat, die da lautet:

Warum wendet sich die Abneigung und der Haß des deutschen Volkes gegen Frankreich und nicht gegen England?

Ich möchte darauf einmal eine Antwort geben. Als dieser Weltkrieg begann, war im deutschen Volke kein Gefühl des Hasses gegen Frankreich. Damals hatte man, soweit ein solches Gefühl etwa vorhanden war, die starke Abneigung gegen England, in dem man den Urheber des Weltkrieges sah, vielleicht die Verachtung gegenüber Rußland, und die Empfindung gegenüber Frankreich, mit einem ebenbürtigen Gegner zu kämpfen. Wenn das so anders geworden ist, so liegt das nicht an dem Krieg als solchem, sondern an der Fortsetzung des Krieges nach dem geschlossenen Frieden durch die französische Politik gegenüber Deutschland. (Stürmischer Beifall.)

Es ist die Politik der fortgesetzten Demütigung Deutschlands, die sich ein Volk von dieser Vergangenheit und von diesen Gegenwartsbestrebungen nicht auf die Dauer gefallen lassen kann (Lebhafter Beifall), ohne daß der Sinn des Volks sich dagegen richtet. Es ist dieser ganze Ton, in dem gesprochen wird, gleichgültig, ob die Regierung links oder rechts steht, gleichgültig, ob es sich um Sozialdemokraten oder Wirtschaftler handelt.

Wenn England das doch vielleicht mindestens ebenso erfolgreich aus dem Kriege hervorgegangen ist und uns tief geschädigt hat in unseren großen Zukunftsinteressen, dieses Gefühl weniger hat, so vielleicht doch, weil es mindestens die Formen zu wahren gewußt hat, die einem Volke wie dem deutschen gegenüber notwendig sind. (Sehr richtig! bei der D. V. und bei den D D.) Aber schließlich ist das nicht eine Formfrage, es ist letzten Endes die Frage, daß wir bis heute noch nicht sehen, daß wir mit Frankreich im Frieden stehen.

Nun fragt der „Temps" gerade angesichts der neuen Regierung, ob sie nicht andere Leistungen anzubieten hätte als das, was in der letzten Note zum Ausdruck gekommen sei. Er weist darauf hin, diesem Kabinett gehöre doch nunmehr die Wirtschaft an, und von ihr erwarte man, daß sie gegenüber dem bisherigen Versagen Deutschlands in bezug auf die Bezahlung Frankreichs andere praktische Vorschläge mache. Ich glaube, der „Temps" und die französischen Kreise, diejenigen, die ehrlich mit uns die Verständigung wollen — und deren gibt es auch in Frankreich, und an dieser Tatsache soll man nicht vorübergehen —, müssen sich klar darüber sein, daß sie andere Wege suchen müssen als den Weg der Goldleistungen und den Weg der Sachleistungen. Ich habe

das Abkommen Stinnes-Lubersac,

das im Auswärtigen Ausschuß besprochen wurde, nie von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, daß es wegen der uns zufallenden Aufträge ein Vorteil für Deutschland wäre. Nein, es ist ein Nachteil für Deutschland, wenn wir mit deutschem Papiergeld staatliche Leistungen bezahlen müssen. Das vermehrt die Inflation. (Sehr richtig! bei den D. Dem.) Es ist ein Nachteil für Deutschland, wenn staatliche Produktionsmittel, die wir brauchen, außer Landes gehen. Ich habe es nur angesehen als den Hebel, um die politische Verständigung mit Deutschland in die Wege leiten zu können. Ich habe die Einladung an die deutschen Industriellen, nach dort zu kommen, all das, was hier vielleicht im Felde lag, als einen Versuch angesehen, daß die Wirtschaftler in Deutschland und Frankreich einen anderen Weg suchen als den, das Reparationsproblem nur als eine finanzielle Frage der Milliarden aufzufassen, die Deutschland zu zahlen hat. Ich glaube, daß hier die einzige Möglichkeit ist, die einen Ausweg für Frankreich und für Deutschland bildet.

Eine Politik des Wiederaufbaus durch Verständigung mit der deutschen Wirtschaft, eine Politik der Annäherung französischer und deutscher Schwerindustrie ist mit einer Politik der Sanktionen und Ultimaten unvereinbar (allseitige lebhafte Zustimmung), ist auch unvereinbar mit einer Fortsetzung der Besetzung in ihrer heutigen Höhe. (Erneute allseitige Zustimmung.) Alles kommt darauf an, daß wir zu einer definitiven Regelung des Reparationsproblems kommen.

Eins betone ich gegenüber dem Herrn Außenminister: treiben Sie in allen Fragen

auch mit der Richtung nach Paris hin aktive Politik,

nehmen Sie die Fühlungnahme vom ersten Augenblick an auf. Wir dürfen nicht vor eine Brüsseler Konferenz gestellt werden, in der vorher eine Einmütigkeit festgestellt ist und uns nur ein Diktat gegenübersteht. Es gibt meines Erachtens nach weder eine Ost- noch Westpolitik, auch keine frankophile oder anglophile Politik, in die sich ein Deutscher einstellen könnte. **Es gibt nur eine Politik der Wahrung der deutschen Interessen durch ein Einsetzen des Einzigen was uns geblieben ist, nämlich der deutschen Wirtschaftskraft in ihrer Beziehung zu den anderen Nationen, wenn als Gegenleistung dagegen politische Konzessionen für das deutsche Volk stehen.** Wenn Sie, Herr v. Rosenberg, Gelegenheit haben, über internationale Dinge zu sprechen, dann vergessen Sie nicht, auch an

die Memelfrage

zu denken und für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, die dort der Willkür internationaler Abmachungen ausgesetzt sind, ebenso einzutreten, als wenn es sich um uns handelte: denn es sind die Menschen, die zu uns gehörten, und die auch, soweit sie eine andere Sprache sprachen, zu Altpreußen und Altdeutschland in nationaler Zustämmengehörigkeit sich stets verwandt gefühlt haben (Lebhaftes Bravo!) Ich möchte damit die außenpolitischen Ausführungen schließen und ein Wort sagen nur zum

Kabinett Cuno.

Wir billigen das Programm, das der Herr Reichskanzler aufgestellt hat. Es erscheint uns müßig, daß nun die Presse wieder fragt: ist das nicht das Programm des Herrn Reichskanzlers Wirth? Ja, wenn diese Programme übereinstimmen — um so besser, dann werden zunächst diejenigen, die hinter Herrn Wirth standen, damit auch einverstanden sein. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Wir wollen uns doch nicht um die Etikette streiten, wer der geistige Urheber dieser Politik ist, sondern die Tatsache feststellen, daß hinter diesem Programm eine große Mehrheit dieses Hauses steht. Nie war der Parteikampf weniger notwendig als heute, wo, wie der Herr Kollege Marx sagte, der Feind vor den Toren steht. Nie war notwendiger, daß wir uns über den Parteien zusammenfanden in dem einen Gedanken der Erhaltung von Volk und Vaterland. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei. — Bravo! im Zentrum und bei den Demokraten.)

Ärzte in Not.

Unter dieser Überschrift brachte die Nummer 173 der N. L. C. vom 26. Oktober eine kurze Anfrage der volksparteilichen Reichstagsabg. Dr. Rießer, Dr. Mittelmann, von Schoch, Dr. Kahl, Beythien, Havemann, Brünighaus, Leutheuser, Dr. Richter und Beuermann an die Reichsregierung. Darauf ist nun folgende Antwort eingegangen:

„Es kann leider kein Zweifel bestehen, daß ein sehr erheblicher Teil der Ärzte sich infolge der unaufhaltsam fortschreitenden Teuerung in ernster Notlage befindet. Diese ist zunächst schon dadurch verursacht, daß infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage die Inanspruchnahme der Ärzte seitens der Privatpatienten eine starke Einschränkung erfahren hat.

Was die Festsetzung der Gebührensätze für ärztliche Leistungen anbetrifft, so erfolgt diese seitens der Landesregierungen. Wie seitens des Herrn Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt unter dem 2. November 1922 mitgeteilt worden ist, steht für Preußen eine Erhöhung der Gebührenordnungssätze unmittelbar bevor, bei der auch dem Umstande besonders Rechnung getragen werden soll, daß die ärztlichen Berufsunkosten noch stärker als die allgemeinen Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Diese Regelung ist inzwischen erfolgt und hat zu den am 15. März 1922 aufgestellten preußischen Gebührensätzen einen Teuerungszuschlag um 900 Prozent gebracht. Es ist nicht zu verkennen, daß trotz dieser starken Erhöhung die neue Gebührenfestsetzung die allgemeine Preissteigerung noch nicht zum Ausgleich bringt. Es werden daher gegenwärtig im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt die Sätze der preußischen Gebührenordnung mit größter Beschleunigung nachgeprüft; es sollen vom 1. Dezember ab die Grundgebühren erneut erhöht werden, so daß die Teuerungszuschläge alsdann auf diese erhöhten Gebührensätze eintreten werden. Den preußischen Gebührenfestsetzungen pflegen die übrigen Länder zum großen Teil, so namentlich auch Bayern und Sachsen, sich anzuschließen.

Was die Beziehungen zwischen den Ärzten und Krankenkassen betrifft, so ist die Reichsregierung fortdauernd bemüht, eine gesetzliche Regelung herbeizuführen, die beide Teile befriedigt. Ein zu diesem Zwecke bereits im Jahre 1921 auf der Grundlage gemeinsamer Verhandlungen aufgestellter Entwurf ist leider nachträglich auf heftigen Widerstand der ärztlichen Organisationen gestoßen, da er die Forderungen eines gesetzlichen Zwanges für die Krankenkassen nicht erfüllt, Arztverträge nur auf Grund der sogenannten organisierten freien Arztwahl zu schließen. Die Gründe gegen eine gesetzgeberische Maßnahme dieser Art sind bereits in der Begründung zur Reichsversicherungsordnung ausführlich dargelegt worden und gelten auch heute noch fort. Im übrigen hat sich das Reichsarbeitsministerium stets bereit gezeigt, durch Verhandlungen und Schiedssprüche auf angemessene Bedingungen für die ärztliche Behandlung bei den Krankenkassen hinzuwirken. So brachte der Reichsarbeitsminister am 22. und 23. März d. J. eine Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Spitzenverbänden über die Honorarbedingungen zustande, und wegen Zuschlägen zu den vereinbarten Sätzen nach Maßgabe der fortschreitenden Teuerung tritt im ersten Monat jeden Vierteljahres ein besonderer Ausschuß im genannten Ministerium zusammen. Das Abkommen vom 22. und 23. März d. J. ist zwar inzwischen von den beteiligten Verbänden gekündigt worden, der Reichsarbeitsminister wird jedoch bemüht sein, durch weitere Verhandlungen ein neues Abkommen rechtzeitig zustande zu bringen."

Aus der Partei.

Ein schöner Erfolg in Hessen.

Die Gemeindewahlen in Hessen haben zu einem glänzendem Sieg der Deutschen Volkspartei geführt. In Darmstadt sank die Zahl der Mandate der vereinigten Sozialdemokratie von 21 auf 20, während die Deutsche Volkspartei ihre Mandatziffer von 17 auf 22 erhöhen konnte und die stärkste Partei geblieben ist. In Gießen hat die bürgerliche Vereinigung, in der die Deutsche Volkspartei führend ist, 20 Sitze errungen, in Offenbach, wo die Deutsche Volkspartei zum ersten Male mit einer eigenen Liste bei den Wahlen hervorgetreten ist, eroberte sie im ersten Anlauf 6 Mandate. Besonders hervorragend ist, außer in Darmstadt, auch das Ergebnis in Worms, wo die Vereinigte Sozialdemokratie von 18 auf 14 Sitze heruntergedrückt wurde, während die Deutsche Volkspartei von 11 Mandaten auf 16 stieg und nun auch in Worms, wie in Darmstadt, nach Zahl der Mandate und der ihr gegebenen Stimmen die stärkste Partei am Orte ist. Die Wahlbeteiligung war leider überall sehr schwach und bewegte sich zwischen 55 und 70 Prozent. Auch wurden dadurch daß gleichzeitig die Kreistags- und Provinziallagswahlen stattfanden und hierbei zahlreiche Stimmzettel in falschen Umschlägen abgeliefert wurden, leider sehr viel ungültige Stimmen abgegeben. Sonst wäre ohne jeden Zweifel der Sieg der Deutschen Volkspartei noch größer gewesen. Die Ergebnisse aus dem Lande und kleineren Orten liegen noch nicht vor, lassen jedoch erkennen, daß die Deutsche Volkspartei sich zum mindesten überall gut behauptet hat.

*

Ostjudenfrage.

Bei Gelegenheit der Erörterung einer Großen Anfrage im Preußischen Landtag über die Einwanderung der Ostjuden nach Deutschland, stellte der Sprecher der D.V.P., Abg. von Eynern, fest, daß die Unterscheidung zwischen den Ausländern und ihrer Art allgemeines Fremdenrecht sei. Minister Severing gegenüber, der das Asylrecht angezogen hatte, betonte er, daß Wohltätigkeit zu Hause beginne und unsere Wohnungs- und Ernährungslage uns die Aufnahme politisch verfolgter Ausländer nicht gestatte. Wenn wir nach den Worten des Ministers Waren ausführen müssen oder Menschen, so dürfen wir nicht noch Menschen einführen. Hatte Minister Severing gegenüber der drohenden Einwanderung aus Ungarn von einem Appell an den Völkerbund gesprochen, so warnte Abgeordneter von Eynern vor Enttäuschungen. Die ostjüdische Einwanderung ist unproduktiv. Wenn das Ausland, z. B. Amerika, die Tür zumacht, so dürfen wir wohl dasselbe tun und müssen es tun. Hierbei werden wir die Unterstützung aller deutsch empfindenden Juden finden.

*

Tagung des Reichs-Handwerkerausschusses der D. V. P. am 9. und 10. Dezember 1922 in Erfurt.

Sonnabend, den 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Comthurhof, Comthurgasse 4

Geschlossene Sitzung des Reichs-Handwerkerausschusses.

(Zutritt haben die Vertreter der einzelnen Wahlkreise sowie die Reichs- und Landtagsabgeordneten der Partei.)

Tagesordnung.

1. Die Organisation des Reichs-Handwerkerausschusses.
2. Vertraulicher Bericht über die Gesetzgebung für das Handwerk.
3. Aussprache.

(Die Referate werden nur je ½ Stunde in Anspruch nehmen, so daß für die Aussprache genügend Zeit bleibt.)

Abends von 8 Uhr an **geselliges Beisammensein** mit den Parteifreunden von Erfurt.

Sonntag, den 10. Dezember, 9½ Uhr vormittags: (Fortsetzung der geschlossenen Sitzung.)

Nachmittags 3 Uhr: **Große öffentliche Handwerkerkundgebung** im Erfurter Hof.

Die Erfurter Parteifreunde haben sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, die **kostenlose Unterbringung** sämtlicher angemeldeten Vertreter in **Privatquartieren** zu übernehmen.



Nach der Rückkehr des Geschäftsführers, Herrn Nitschke, von den Reichstagswahlkämpfen in Oberschlesien hat sofort eine rege Versammlungstätigkeit begonnen. Am 1. Dezember, abends 8 Uhr, fand in Niederschelden eine Mitgliederversammlung statt, in der Herr Geschäftsführer Nitschke über „Das neue Kabinett und die Programmrede des neuen Reichskanzlers Dr. Cuno" sprach. Am Montag, dem 11. Dezember, abends 8 Uhr, findet in Berghausen und am Dienstag, dem 12. Dezember, in Laasphe eine Mitgliederversammlung statt. Außerdem sind Versammlungen in Vorbereitung in Freudenberg, Siegen-West, Hilchenbach, Neunkirchen und Betzdorf. In allen diesen Versammlungen werden die Beschlüsse der letzten Kreisvorstands-Sitzung vorgetragen und ihre praktische Durchführung besprochen. Außerdem hält Herr Geschäftsführer Nitschke, der bei der Reichstagssitzung, in der das neue Kabinett sich vorstellte, in Berlin zugegen war, einen Vortrag über „Das neue Kabinett und die persönlichen Eindrücke", die er davon gewonnen hat.

✣

Wir machen nun hierdurch noch bekannt, daß wir am Sonntag, dem 17. Dezember 1922, nachmittags 3½ Uhr, unser erstes Weihnachtsfest in unserm Lokale, Wirtschaft Schneider, Freudenberger Straße, begehen. Wir laden zu dieser Veranstaltung unsere Jugendlichen, deren Eltern sowie Freunde und Gönner unserer Sache freundlichst ein. Voraussichtlich wird Herr Fabrikant Klingspor an diesem Nachmittag in unserer Mitte weilen und die Ansprache halten.

Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei.
Ortsgruppe Siegen.
Der Vorstand.

✣

Monatsbericht der Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei (Ortsgruppe Siegen).

Im verflossenen Monat November fanden zwei Versammlungen unserer Jugendgruppe statt, die beide recht besucht waren. Außer den laufenden Geschäften wurden die neuen Satzungen eingehend durchgesprochen und so weit fertiggestellt, daß sie am 13. Dezember endgültig angenommen werden können. Für die Aufnahme neuer Mitglieder wurde ein Aufnahmeausschuß gebildet, der sich besonders mit der Werbung neuer Mitglieder zu befassen hat. Zur weiteren Fortbildung und Unterhaltung unserer Mitglieder wurde ein Lese- und Musikzirkel gebildet. Der Musikzirkel hat seine Tätigkeit schon aufgenommen und wird uns in der nächsten öffentlichen Zusammenkunft durch einige Darbietungen erfreuen. Der Lesezirkel hat aber noch einige Schwierigkeiten zu überwinden, bis er seine Arbeit aufnehmen kann. Wir hoffen aber, daß er zu Beginn des neuen Jahres so weit sein wird, um auch in den Versammlungen zur Belebung unserer Abende beizutragen.

Der Vorstand.

Unsere Freunde wollen dem „Beobachter" ihre Anzeigen zuweisen, nicht nur die **Geschäfts-**, sondern auch die **Familien-Anzeigen.** Die Leser des „Beobachter" müssen wissen, daß das sie verbindende geistige Band einen materiellen Einschlag wohl vertragen kann.

✣

Eiserfeld.

Die Jugendgruppe der D.V.P. in Eiserfeld war für den 27. Nov. zur Gründungsversammlung zusammenzukommen. Herr Klingspor, 1. Vorsitzender des Kreisvereins Siegen-Wittgenstein hatte es liebenswürdigerweise übernommen, über den Zweck der Jugendgruppen zu sprechen. Vor Beginn des Vortrages wurde ein Gedicht von Frl. Denker und eine Sonate von Frl. H. und M. Flick vorgetragen. Dann ergriff Herr Klingspor das Wort zu seinem Vortrage und führte dazu etwa folgendes aus: Mit großer Freude hörte ich vor einigen Tagen von der Gründung einer Jugendgruppe der D.V.P. in Eiserfeld. Als 1. Vorsitzender des Westfälischen Jugend-Ausschusses und als 1. Vorsitzender des Kreisvereins spreche ich zu dem Wachsen und Blühen der Gruppe den allerherzlichsten Glückwunsch aus. Politische Jugendarbeit und parteipolitische Jugendarbeit ist ein großer Unterschied. Darüber wollen wir uns klar sein, daß wir gezwungen sind, auch der Jugend die Politik nahe zu bringen. Der eine oder andere der Erschienenen mag dieser Frage ablehnend gegenüberstehen; wir haben aber mit der Tatsache zu rechnen, daß uns der unselige Novembertag des Jahres 1918 das Wahlrecht für sämtliche Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre an aufgezwungen hat und daß sich eine große Anzahl Jugendlicher mit den Fragen der Verwaltung und Gesetzgebung noch nicht befaßt haben. Um nun bei den Wahlen die richtige Partei wählen zu können, dazu bedarf es eines politischen Urteiles. Es gibt kein unpolitischeres Volk als das deutsche; dieses finden wir wiederholt bestätigt. Insbesondere fehlt gerade einem großen Teil des deutschen Volkes ein starkes Nationalgefühl, wie es in Frankreich der Fall ist, und wie man im Felde immer wieder zu beobachten Gelegenheit hatte. Herr Klingspor kam dann auf die Jugendgruppen der anderen Parteien zu sprechen — von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen — und sagte zusammenfassend, daß sich sämtliche Parteien mehr oder weniger stark an die Jugend wenden. Es ist ein bekanntes Sprichwort: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Diesen Nachwuchs können sich die Parteien aber nur sichern, wenn sie die gesamte Jugend heranziehen und es wird auch Sache der Jugendgruppen sein, allmählich auf unser Parteiwesen gesundend einzuwirken, daß das Trennende zurückgeschoben wird und das Vereinende in den Vordergrund tritt. Um dieses durchzuführen, brauchen wir nicht allein Führer, sondern ein führerbereites Volk und wenn das deutsche Volk bereit ist, wird es auch seine Führer finden. Die Kräfte müssen bewegt werden, sich einen Freiheitswillen gegen die Bedrückung von Innen und Außen zu verschaffen, und daran mitzuhelfen soll unser Zweck und Aufgabe sein. Gerade deshalb, weil wir Deutsche ein unpolitisches Volk sind, können wir nicht auf die Politik verzichten und es ist unsere Pflicht, bei den Zusammenkünften über politische Dinge zu verhandeln, damit nicht rein gesellschaftliche Interessen alles überwuchern. Dazu sind andere Vereine genug da. Man muß die Arbeit einer deutschvolksparteilichen Jugendgruppe dazu benutzen, in einer Art miteinander zu verkehren, die unser würdig ist und nicht so wie man das bei jungen Menschen oft beobachten kann, die in einer Respektlosigkeit miteinander verkehren, die sicher nicht deutsch ist. Wenn Sie nun ihre Arbeit antreten, dann dürfen Sie nicht den großen Fehler begehen, zu jeder Zusammenkunft einen Redner zu bitten, sondern Sie müssen an sich arbeiten. Suchen Sie es dahin zu bringen, daß aus ihrer Mitte ein Jugendlicher, der sich für irgend einen Gegenstand besonders interessiert, einige kurze Worte darüber sagt. Gerade auch damit kann man sich für das politische Leben heranbilden. Eins muß stets an der Spitze einer deutschvolksparteilichen Jugendgruppe stehen: Wie nütze ich Volk und Vaterland? Zum Schluß rief Herr Klingspor uns noch ein Wort Fichtes zu, das er einmal in einer ähnlichen Zeit wie der jetzigen gesprochen hat, das wir über unsere Gruppe auch schreiben könnten. Die Rede des Herrn Klingspor wurde von den anwesenden Jugendlichen mit großem Beifall aufgenommen, und daß alle mit diesen Zwecken der Jugendgruppen der D. V.P. einverstanden waren, zeigte die Einzeichnung von 50 Jugendlichen in die Mitgliederliste. Nachher ging man dazu über, einen Vorstand zu wählen, der sich wie folgt zusammensetzt: 1. Vors. Herr Ingenieur Teckenberg, Stellv. Frl. J. Hubbert, 2. Vors. Herr Walter Vetter, Schriftf. Frl. Meyer, Kass. Herr Wilh. Nies, Beis. Herr Heinrich Hermann Achenbach und Frl. A. Spies. Der monatliche Beitrag wurde auf mindestens 10,— ℳ festgesetzt. Die nächste Zusammenkunft (Adventsfeier) findet am 13. d. M., abends 8 Uhr, in der Wirtschaft Sturm statt. Die Mitglieder werden auch hierdurch nochmals darauf aufmerksam gemacht.

✣

Das Postamt Siegen teilt uns folgendes mit:

Mit dem 1. Januar 1923 wird für die Abtragung der Zeitungen wieder Bestellgeld erhoben.

Es beträgt für Zeitungen, die

monatlich 1mal und weniger . . . 0,75 ℳ
wöchentl. 1mal und weniger erscheinen 1,50 ℳ
für jede weitere wöchentliche Ausgabe 1,50 ℳ mehr.

Für alle nicht zur Abholung bestimmten Verlagsstücke ist das Bestellgeld stets vom Verleger voraus zu entrichten. Bei Daueranmeldungen wird es auch für Zeitungen mit monatlicher Regelbezugszeit für ¼ Jahr im voraus erhoben.

Zu den Anmeldungen von Abholerstücken sind in jedem Falle besondere Anmeldeverzeichnisse und Lieferschreiben auszufertigen, die im Kopfe mit dem rot unterstrichenen Vermerk „Zur Abholung, Bestellgeld nicht bezahlt" zu versehen sind.

Die bereits angemeldeten Dauerverlagsstücke für Abholer sind zum 1. Januar zurückzuziehen und mit besonderen Anmeldeverzeichnissen und Lieferschreiben — nach vorstehenden Angaben — neu anzumelden. Von diesem Zeitpunkt ab ist bei Zurückziehungsanträgen stets anzugeben, ob es sich um abzutragende oder abzuholende Stücke handelt.

Die Verleger haben sich gemäß Punkt 5 b der Zeitungs-Vertriebserklärung besonders auch darüber zu vergewissern, ob die als Abholungsstelle bezeichnete Postanstalt sich überhaupt mit der Ausgabe von Zeitungen befaßt. Anträgen auf Abtragung von zur Abholung bestimmten Stücken kann — auch bei Vereiterklärung zur nachträglichen Entrichtung des Zeitungs-Bestellgeldes — nicht entsprochen werden.

Bei Überweisung einer Zeitung im Laufe der Bezugszeit an eine andere Postanstalt ist in dem Überweisungsschreiben anzugeben, ob das Bestellgeld bezahlt ist oder nicht. Für Verlagsstücke vorausbezahltes Bestellgeld wird nicht erstattet.

Mit Wiedereinführung des Zeitungs-Bestellgeldes fallen die Vergütungen für 5 oder mehr zur Abholung bei der Post angemeldete oder bestellte Zeitungen fort.

Wir bitten deshalb alle Bezieher unserer Zeitung, uns durch Postkarte mitzuteilen, ob sie die Zeitung selbst abholen, sei es von der Postanstalt oder aus ihrem Schließfach, damit wir dementsprechend die Abonnements für das neue Jahr aufgeben können.

Glänzende Opferfreudigkeit der Sozialdemokraten.

Ein lebendiges und lehrreiches Beispiel für alle Nichtsozialisten!

Nicht erst seit heute oder gestern wissen die Sozialisten, daß der Parteibeitrag für sie eine politische Lebensversicherung ist. Besonders springt das in die Augen, wenn man die Bemühungen der Sozialisten beobachtet, ihre Organisation und Presse lebensfähig zu erhalten und weitgehend zu unterstützen. Auf dem Parteitag der S. P. D. in Augsburg wurde festgestellt, daß die sozialistische Presse von dem großen Zeitungssterben unserer Tage fast völlig verschont geblieben sei. Allgemein zahlt der Sozialist heute einen

Stundenlohn als Monatsbeitrag, d. h. der Sozialist zahlt einen Jahresbeitrag von etwa 2000 Mark.

Sonderbesteuerungen und Gewerkschaftsbeiträge kommen noch extra hinzu. Und das Bürgertum, die bürgerliche Geschäftswelt — sie vergessen ihre Partei und unterstützen die sozialistische Presse. Neuerdings kann man zum Beispiel an der sozialistischen Presse im Wahlkreise feststellen, daß sie einen großen Zuwachs an Inseraten hat, die vornehmlich von bürgerlichen Geschäften aufgegeben sind. Daß dieses Gebaren und der kleine Beitrag für die eigene Partei eine große Torheit sind, erhellt wohl folgender sozialistische Fundamentalsatz, der hier in die Erinnerung zurückgerufen sei:

„Nur über die Leiche des Mittelstandes geht der Weg zum Sozialismus!"

Soll die bürgerliche Partei, etwa unsere Deutsche Volkspartei, vom Sozialismus als größtes Hindernis auf seinem Weg über den Mittelstand fortgeräumt werden können, weil ihre Mitglieder und Freunde keine Opferfreudigkeit kennen? Wer durch unsere Partei dem Vaterland dienen will, zeige jetzt endlich Verständnis und zahle nach bestem Können. Ein anderes kommt noch hinzu. Die bürgerliche Presse leidet größte Not. Viele Blätter können nicht mehr erscheinen; darin liegt auch eine Anklage gegen das Bürgertum. Soll weiterhin die Axt des Todes an den Blätterwald und die bürgerliche Partei gelegt werden, und der Sozialismus sich triumphierend hinter der Opferwilligkeit seiner Anhänger verschanzen? In letzter Stunde erschalle auch hier nochmals der Mahnruf: „Deutscher Bürger und deutscher Mittelstand!

Unterstütze Deine Partei und Deine Presse!

Stehe in den Tagen der Not treu zu ihr!" An unsere Mitglieder und Freunde richten wir die dringende Bitte:

Erhöht Euren Jahresbeitrag freiwillig,

daß Eure Partei schlagfertig und zur Durchführung ihrer großen Aufgaben fähig bleibt. — Sorgt für die Verbreitung unsers Beobachters, erhöht auch da die Geldunterstützung und gebt Anzeigen auf! Stützt die Organisation Eurer Partei — es gilt Euch und dem Vaterland!"

Jeder Parteifreund werbe für Beobachter-Abonnements und Anzeigen!

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.



Kenner verlangen Krombacher Pilsener

helle und dunkle Biere wegen ihrer besonderen Güte.

Hasbrauerei A.-G.

Heinrich Demandt, Ferndorf i. W.

Fuhrwesen : Hauderei : Lagerung
Uebernahme aller Transporte.

Fernruf 153 Amt Kreuztal.

Herstellung von Feilen aller Art

Aufhauen stumpfer Feilen
Lieferung von Metallsägen jeder Gattung.
Gegr. 1875.
Feilenfabrik und Schleiferei
Wilhelm Hähn
G. m. b. H., Ferndorf.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma Otto E. Meise, Hamburg, Oele, Fette, Putzwolle und der Firma J. J. Glorius, Magdeburg, Farben und Lacke.

Wäschehaus Franz Schartiger
Siegen
bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge, Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

HOTEL PATT
(Haltestelle der Strassenbahn)
Erstes u. ältestes Haus am Platze
Gute und billige Verpflegung.

Jeder bestelle den Beobachter!

BURBACHBETON
Baugesellschaft mit beschränkter Haftung
KROMBACH, KREIS SIEGEN.

BARMER BANK-VEREIN

Hinsberg, Fischer & Comp.

SIEGEN

empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Koch & Panthöfer

Weidenau-Sieg

Fernruf Nr. 412. Unt. Friedrichstr. 8.

Eisenwaren - Werkzeuge

Bau- und Möbelbeschläge

:-: Oefen u. Herde. :-:

M. Stern Aktiengesellschaft

Essen

Fernruf: Amt Essen 9340 bis 9348 und 9206 bis 9209.
Für die Lagerbetriebe: Amt Gelsenkirchen 480 bis 483.

Schrottbedarf aller Art. | Bleche aller Art. | Nutzeisen.

Schrottzerkleinerungswerke. Späneblockwerke.

Vertreter:

Fritz Henk, Siegen i. W., Obenstruthstraße 32.

Fernruf 1718.

C. W. VOGEL

G. M. B. H.

ROHRLEITUNGEN BEHÄLTER DRUCKKESSEL ARMIRE : EISEN- U. BLECHWAREN-FABRIK KESSELSCHMIEDE SIEGEN I. W. BLECHARBEITEN GENIETET GESCHWEISST ROH U. VERZINKT

Justus Stahlschmidtsche Werke

G. m. b. H.

Kreuztal. Krs. Siegen.

Lochanstalt.

Kesselschmiede, Apparatebau

Blechschweisserei.

Eisen- und Metallwerke

G. m. b. H.

Ferndorf

Kreis Siegen

liefern:

Zahnräder

Stirn-, Schnecken- und Schraubenräder, Schnecken kompl. und Verzahnen eingesandter Körper :: :: ::

NÜH & BUCH

NIETEN-FABRIK

WEIDENAU/SIEG

KESSEL-, BRÜCKEN- SCHIFF-, VERSENK- NIETEN GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN

IN ALLEN METALLEN

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.

Schmiedestücke.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

Rheinmetall

Schreibmaschine

Sofort lieferbar.

Prospekte zur Verfügung durch die Vertretung

Wilh. Lemke, Siegen i. W.

Fernruf 2011. Löhrstraße 39

Büro-Bedarf.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 — Eisenbahn-Baugeschäft — Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.

Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.